



Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen relevanten Ebenen dafür einzusetzen, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU beendet werden. Weiterhin sollen alle Zahlungen an die Türkei, insbesondere die Vorbeitrittshilfen, und die bestehenden Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank sofort eingestellt werden.

Begründung:

Die Türkei hat sich in den letzten Jahren immer weiter zu einem islamistisch geprägten, autoritären Staat entwickelt. Unter dem Präsidenten Erdoğan entfernte sich das Land somit ideell immer weiter von den EU-Staaten. Meinungs- und Pressefreiheit werden mit Füßen getreten, die Demokratie innerhalb des Landes stückweise abgebaut.

Ebenfalls ist die türkische Außenpolitik in keiner Weise in unserem Interesse. Mit steti- gen Drohungen, die EU mit Migranten zu fluten, versucht er weitere Zahlungen zu er- pressen, selbst die Freilassung von IS-Kämpfern wird zum Druckmittel. Eine Partner- schaft basiert auf Vertrauen und Wertschätzung, was offensichtlich beides nicht ge- geben ist.

Die EU geriert sich als Zahlmeister eines Unsicherheitsfaktors, der kein Interesse an Stabilität und Zusammenarbeit zeigt. Stattdessen sorgt die Türkei mit ihrem Vorgehen in Syrien für eine weitere Destabilisierung der Region. Dieses Verhalten darf weder fi- nanziell gefördert, noch durch die Fortführung der Beitrittsgespräche legitimiert werden. Die Vertagung einer Entscheidung durch das „Einfrieren“ von Gesprächen stellt dabei keine zufriedenstellende Option dar.

Die bisher knapp 2 Mrd. Euro an Vorbeitrittshilfen haben nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt und insbesondere die letzten Jahre waren eher von Rück- als von Fort- schritten geprägt. Somit ist ein Verharren im Status quo nicht länger hinnehmbar und der Abbruch der Gespräche zwingend notwendig.